

Antrag

**der Abgeordneten Jörg Hamann, Franziska Grunwaldt, Karin Prien,
Karl-Heinz Warnholz, Dietrich Wersich, Dr. Jens Wolf (CDU) und Fraktion**

Betr.: Schwächung des Integrationsbeirats verhindern – Wichtige Integrationsakteure weiterhin als Beiratsmitglieder zulassen, Benachteiligung der Spätaussiedler stoppen

Der Integrationsbeirat wurde im Jahr 2002 geschaffen, um nicht mehr – wie bis dahin mit dem Ausländerbeauftragten – nur über Migranten zu reden, sondern mit ihnen. Zugleich wurde neben den gewählten Migrantenverbänden durch die Besetzung eines Teils der Beiratsstellen mit berufenen Mitgliedern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung der Erfahrungsaustausch mit Experten „von außen“ gefördert. Der Beirat wird in jeder Legislaturperiode neu gewählt. Dieses Jahr finden die Wahltage im September statt, die konstituierende Sitzung des Integrationsbeirates wird im Dezember durchgeführt.

Der rot-grüne Senat plant zwei tiefgreifende Änderungen der Beiratsstrukturen. Künftig sollen nur noch gewählte Vertreter der Migrantenverbände Teil des Beirates sein. Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung haben nur noch beratene Funktion in den sogenannten Fachforen. Das widerspricht aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion der eigentlichen Intention des Gremiums als einem Forum, in dem Migranten und externe Fachleute, die wichtig für das Gelingen des Integrationsprozesses sind, gleichberechtigt miteinander sprechen und entscheiden. Der Integrationsbeirat bekommt durch diese Umgestaltung den Charakter einer abgeschotteten Migranteneinrichtung.

Weiterhin soll es grundsätzliche Änderungen bei der Sitzverteilung geben. Die Sitze der gewählten Vertreter des Integrationsbeirates wurden bisher nach Regionen beziehungsweise Ländern verteilt. Zusätzlich gab es eine eigene Kategorie „Spätaussiedler“, da diese Menschen oft aus unterschiedlichen Staaten Europas und Asiens kommen und ihre Interessen als Angehörige deutscher Minderheiten nur so effektiv vertreten können. Die Kategorie „Spätaussiedler“ soll es im neuen Integrationsbeirat nicht mehr geben – vielmehr sollen die Migranten ihren Herkunftskontinenten zugewiesen werden. Das wird aus Sicht der CDU-Bürgerschaftsfraktion dieser in Hamburg rund 89.000 Menschen umfassenden Bevölkerungsgruppe nicht gerecht, zumal es sich hierbei nicht um Ausländer im eigentlichen Sinne, sondern nach Artikel 116 Grundgesetz um Deutsche mit zum Teil eigenen Rechten und Pflichten handelt. Diese Menschen stellen nicht nur rechtlich eine einheitliche Gruppe dar, sondern fühlen sich auch trotz unterschiedlicher Herkunft, die vielfach in der Deportationspraxis Stalins begründet liegt, miteinander verbunden. Dennoch sollen sich nach den Plänen des Senats die Spätaussiedlerverbände für eine Zugehörigkeit zu Europa oder Asien entscheiden, obwohl dort in der Regel Menschen aus beiden Kontinenten vertreten sind. Die Kategorie „Spätaussiedler“ sollte deshalb beibehalten werden – auch vor dem Hintergrund, dass die etwa gleich große Gruppe der türkischen Migranten sich weiterhin nicht für einen Kontinent entscheiden muss, sondern als einzige einem einzelnen Land beziehungsweise einer gesonderten Kategorie zugewiesen wird.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. den Integrationsbeirat weiterhin mit gewählten und berufenen Mitgliedern zu besetzen, um den Austausch zwischen Migranten und außenstehenden Experten auf einer Ebene zu gewährleisten,
2. die Kategorie „Spätaussiedler“ beizubehalten, um die Interessenvertretung dieser besonderen Migrantengruppe in der bisherigen Form weiterhin zu wahren und eine Benachteiligung zu verhindern und
3. der Bürgerschaft bis zum 31.10.2015 zu berichten.